

NACHRICHTEN

PHILIPPINEN

Ein deutsches Entwicklungshilfeprojekt gegen den Bauernaufstand auf der Halbinsel BONDOC in der Quezon-Provinz

Unter dem Vorwand von "Entwicklung rückständiger Landregionen" wird gegenwärtig versucht, den Aufstand der Bauern auf dem Lande zu brechen. Das größte und teuerste von insgesamt etwa 12 Projekten dieser Art ist das BIRD – Bondoc Integrated Rural Development Project auf einer verarmten Halbinsel etwa 200 km südlich von Manila, auf der sich Bauern seit 1972 gegen die Großgrundbesitzer und die Übergriffe des Militärs organisiert haben.

Das Projekt wird von der Bundesregierung finanziert. In den Regierungsverhandlungen vom November 1987 sind für die ersten drei Jahre bis 1991 knapp 30 Millionen DM zur bewilligt worden, für Straßen, Straßennetze, Bewässerungsanlagen, Brunnen, Schulen, Gesundheitsstationen u.a. Das Projekt ist auf bis zu zehn Jahre angelegt und seine Finanzierung ist nach oben nicht begrenzt. Durch die Einbeziehung deutscher und philippinischer Nicht-Regierungsorganisationen soll das Projekt Modellcharakter zur "Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe" erhalten.

Betrieben wird das Projekt von einem der größten Grundbesitzer der Halbinsel, Benvenuto Marquez, der seit Mai '87 als "gewählter" Abgeordneter im Kongreß sitzt, und von Provinzgouverneur Eduardo Rodriguez, der in den Kommunalwahlen vom Januar 1988 an die Macht gekommen ist. Beide haben ihren Wahlkampf mit den Versprechungen des deutschen Projektes bestritten. "Ed" Rodriguez hat sich noch eine Woche vor den Wahlen von der deutschen Botschaft schriftlich geben lassen, daß die Bundesregierung "zu ihrem Wort" stehe und das Projekt finanzieren werde. Damit konnte er seinen Gegner aus dem Feld schlagen, der Bedenken über die Durchführbarkeit des Projektes geäußert hatte. Die deutsche Botschaft hat sich so sehr mit dem Projekt identifiziert, daß Kanzler Dr. Edmund Duckwitz es einem deutschen Journalisten gegenüber als "sein Kind" bezeichnete (vgl. FR vom 25.3.88).

Die deutschen Studien- und Planungsgruppen der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) und der GTZ (Gesellschaft für Tech-

nische Zusammenarbeit) betreten das Gebiet nur unter militärischem Schutz des SOLCOM – Southern Luzon Command – unter Brigadegeneral Alejandro Galido vom Camp Nakkar in Luzena (vgl. Manila Bulletin vom 22.5.88 über die ZOPP- [Zielorientierte Projektplanung] Tagung vom Mai '88 in Manila). In Catanauan, mitten im Projektgebiet, ist ein guerillasicherer Wohntrakt für die deutschen Experten auf einem 2,5 ha großen Grundstück geplant.

Seit General Fidel Ramos als Verteidigungsminister die Bekämpfung des Aufstandes übernommen hat, werden militärische Strategien eng mit zivilen Entwicklungsprogrammen verknüpft, um die "Infrastruktur der Guerilla" zu zerschlagen und ein Befriedungsprogramm durchzusetzen. Denn selbst mit über 2.000 Militärs auf der Halbinsel war es General Galido nicht möglich, den Aufstand unter Kontrolle zu bringen. "Ben" Marquez hat alle 12 Bürgermeister des Projektgebietes gleich nach ihrer Wahl beauftragt, mit der Organisation von Vigilantes (paramilitärische Bürgerwehren) zu beginnen, i.e. die Massenbasis der Guerilla im Interesse von Großgrundbesitz und Militär "umzukrempeln" und ein System von Informanten gegen die Guerilla aufzubauen. Augenblicklich werden dafür etwa 1.000 Agenten im Camp Nakkar ausgebildet, meist kriminelle Existenzen aus den ärmsten Barrios (= Dörfer, Wohngebiete) und Angehörige aus "Ben" Marquez' privaten Sicherheitskräften. Menschenrechtsverletzungen, vor allem blutige Auseinandersetzungen in den Barrios und Vertreibungen haben auf Bondoc ungemein zugenommen.

Etwa ein Drittel aller Landlosen, Pächter und Subsistenzbauern im Projektgebiet sind im Bauernverband KARIT organisiert, der auf nationaler Ebene zum größten Bauernverband des Landes KMP – Kilusang Magbukid ng Pilipinas –, mit dem bekannten Präsidenten Jaime Tadeo, gehört. In den über 25 lokalen Zusammenschlüssen werden angepaßte sozioökonomische Projekte durchgeführt, wie kleine Bewässerungsanlagen, Fischteiche, Baumschulen oder Seifensiedereien. Durch ihre Op-



NPA-Guerillero auf Bondoc, Quezon Provinz, März 1988

position gegen den Großgrundbesitz und möglicherweise "Doppelorganisation" in der Guerilla sind sie als Kommunisten abgestempelt und von jeder "Entwicklungszusammenarbeit" ausgeschlossen worden.

Es ist nicht möglich, die "Machtverhältnisse" auf Bondoc mit dem deutschen Projekt wieder im Interesse von Großgrundbesitz und Militär umzudrehen. Die Bauern haben erkannt, daß die Projektteile, wie der Ausbau des Straßennetzes, nicht ihnen, sondern nur den Großgrundbesitzern und dem Militär nützen. Zur Veränderung ihrer Lebenssituation und Anhebung der Subsistenzwirtschaft sind zuallererst grundlegende Landreformprogramme erforderlich. Dann sind Straßen, Brücken und Kanäle für alle vorteilhaft.

Es gibt Stellungnahmen von der Führung der Guerilla der NPA – New People's Army –, daß sie die Durchführung des Projektes, ohne daß Reformen der repressiven Verhältnisse geschehen,

behindern und zum Erliegen bringen werden. Die Informationen über die wirkliche Situation der Bauern von Bondoc gelangen kaum in die Öffentlichkeit, und Versuche werden massiv behindert.

Am 8.6.88 wurde zum Beispiel der evangelische Pfarrer Klaus Schmidt während einer Informationsreise auf Bondoc zusammen mit einem schwedischen Journalisten und einem philippinischen Begleiter vom Militär festgenommen und wird seitdem unter Anklage gestellt, die Guerilla militärisch unterstützt zu haben.

Unter solchen Umständen darf das deutsche Bondoc Projekt nicht durchgeführt werden. Es wird genauso wie das deutsche "Imelda Settlement Project" auf Leyte scheitern, das erst eingestellt wurde, als bereits etwa zwei Millionen DM verschleudert worden waren (vgl. FAZ vom 16.8.86).

PHILIPPINEN

NACHRICHTEN

Militärbasenverhandlungen begonnen

Verhandlungen zwischen den Philippinen und den USA über die vertraglichen Bedingungen des Militärbasenabkommens (MBA) bis 1991 haben am 5. April in Manila begonnen und sollen bis Juli dauern. Zuletzt waren die Bedingungen unter Marcos für den Zeitraum 1984 bis 1988 ausgehandelt worden. Danach hatten die USA für die Nutzung der globalstrategisch wichtigen Stützpunkte Clark und Subic 900 Mio. US \$ an Pacht, Militär- und Wirtschaftshilfe zugesichert. Auszuhandeln sind jetzt die Nutzungsbedingungen bis 1991, wenn das MBA von 1947 regulär ausläuft. Ob dann das Rahmenabkommen verlängert werden soll, ist in den Philippinen schon jetzt umstritten. Zunächst jedoch sind mehrere Punkte bis 1991 zwischen Außenminister Manglapus und Botschafter Platt auszuhandeln:

– Die Höhe der Pacht. Außenminister Manglapus will eine entschieden höhere Summe fordern und weiß sich der Unterstützung u.a. von Kardinal Sin sicher.

– Die nur atomwaffenfreie Nutzung. Hier ist der Verfassungsauftrag zu verwirklichen, den besonders Senator Taada bei seiner Gesetzesinitiative gegen Atomwaffen in den Vordergrund stellt.

– Die Lohn- und Tarifbedingungen der ca. 24.000 philippinischen Arbeiter auf den Basen.

Manila Chronicle 8.3, 24.3.88; Malaya 28.4.88;

nach: Philippinen Forum Nr.2, Juni 1988

Neues vom Automobilsektor

Mit Toyota hat sich der dritte japanische Automobilkonzern nach Nissan und Mitsubishi dem Ende 1987 vorgestellten "Philippines' Car Development Programme" (CDP) angeschlossen. Anfang Mai entschied er sich in einem Joint Venture mit der Metropolitan Bank and Trust Co. die 1984 stillgelegte Delta-Automobil-Montagefabrik wieder zu eröffnen. 1978 auf dem Höhepunkt der philippinischen Autoindustrie, die praktisch alle Teile importiert, waren 34.328 Autos vom Montageband gelaufen. Danach zogen sich nicht nur Ford und General Motors zurück, sondern gingen die Produktionszahlen über 27.740 (1983) und 5.986 (1984) auf 3.640 (1986) zurück. Im vergangenen Jahr wurden dann fast die Zahlen von 1984 wieder erreicht, für dieses Jahr hofft man auf 10.000, für 1990 auf 25.000 Stück, was 8.000 neue Arbeitsplätze bringen soll.

vgl. FEER v. 9.6.88, S.104

Erster Mai: Lohnforderungen und Ölpreissenkungen

Mit ähnlichen Forderungen aber getrennten Kundgebungen begingen die beiden konkurrierenden Gewerkschaftsblöcke den Maifeiertag. In Manila versammelten sich ca. 100.000 zur Kundgebung des Labor Advisory Consultative Council (LACC), einem losen Bündnis der Dachverbände FFW, KMU, TUPAS und LAKAS ng Manggagawa am Rizal Park. Etwa 3.000 folgten dem Aufruf des TUCP zur Kundgebung auf der Plaza Miranda. Größere Kundgebungen gab es auch in Cebu und mehreren Städten Mindanaos. Alle Gewerkschafter forderten eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Pesos/Tag und eine Senkung der Ölpreise. Sie sollen die durch Inflation gesunkene Kaufkraft der Arbeiterschaft verbessern. Präsidentin Aquino wies Lohnforderungen als zur Zeit schlechte Maßnahmen zurück und verkündete statt dessen Ölpreissenkungen um durchschnittlich 6%, die Einkommensverbesserungen der Arbeiter bewirken sollen. Die Präsidentin schlug einen "new deal" vor zum gemeinsamen Vorteil von Arbeitern und Unternehmern. Arbeitgebervertreter begrüßten diesen Schritt, verschiedene Gewerkschaftssprecher reagierten enttäuscht bis wütend.

Manila Chronicle 30.4, 1.5., 2.5.88
nach: Philippinen Forum Nr. 2, Juni 1988

Führende Kommunisten verhaftet

Am 29. März, dem 19. Jahrestag der Gründung der New People's Army (NPA), verhaftete das Militär in zwei Verstecken in Metro-Manila sieben führende Mitglieder der Kommunistischen Partei (CPP). Verhaftet wurden:

Benjamin de Vera, stellvertretender Vorsitzender; Rafael Baylosis, Generalsekretär; Romulo Kintanar, Oberbefehlshaber der NPA; Napoleon Manuel, Chef der NPA-Logistik; Ester Yson, Finanzabteilung der NPA; Gloria Jopson, NPA-Finanzchefin; Marco Palo, Mitglied des nationalen Verbindungskomitees der CPP.

Der Parteivorsitzende Benito Tiamzon sei seiner Verhaftung in einem dritten Versteck entkommen. Bei den Verhaftungen wurden "wichtige und wertvolle" Dokumente sichergestellt.

Spekulationen über einen möglichen Verrat angeblich rivalisierender Kräfte innerhalb der CPP als Hintergrund trat der verhaftete Baylosis entgegen. Er sagte, die Verhaftungen seien

auf lasche Sicherheitsmaßnahmen auf Seiten der CPP zurückzuführen.

International Herald Tribune 30.3.88; Manila Chronicle 31.3.88; Malaya 28.4.88
nach: Philippinen Forum Nr. 2, Juni 1988

National Movement for Civil Liberties (NMCL)

Nach fünfmonatigen ausführlichen Verhandlungen wurde am 8.2.88 die NMCL, die Nationale Bewegung für Bürgerrechte gegründet.

137 Organisationen und Verbände haben sich unter der Führung der "Civil Liberties Union of the Philippines" (CLUP), der "Philippine Alliance of Human Rights Advocates" (PAHRA), der "Volunteers for Popular Democracy" (VDP), des "Council for Freedom and Democracy" (Confreedom), von "Bayan" (Neue Patriotische Allianz) und von "BISIG" zusammengeschlossen, in der Absicht, "entschlossen die Demokratie zu verteidigen".

Die Mitglieder des NMCL kritisieren, daß "die Staatsverwaltung systematisch und planmäßig die Bürgerrechte beschneidet und so Kräfte, die auf einen Wandel hinarbeiten, lahmlegen will".

Gemeinsam ist den Trägern des NMCL

– ihr Einsatz für Bürgerrechte und für die ungehinderte Entfaltung von freien Verbänden und Organisationen;

– ihr Widerstand gegen Diktatur, Militarismus und ausländische Einmischung;

– ihre Forderungen nach einer Demokratisierung der philippinischen Streitkräfte und einer Entschädigung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

Schwerpunktmäßig bemüht sich das NMCL um politische Bewußtseinsbildung und eine Öffentlichkeitsarbeit, die die Politik der Regierung kritisch beleuchtet. Der Präsident des NMCL und

angesehene Historiker Renato Constantino betonte, daß "es besonders heute nötig ist, ein differenziertes politisches Verständnis zu entwickeln, denn gesellschaftliche Themen werden nicht mehr sachlich diskutiert, sondern es greift ein Schwarz-Weiß-Denken um sich, das politische Einstellungen auf die Frage "Kommunist"/"Antikommunist" reduziert ..."

Unter den namhaften Persönlichkeiten, die in den Vorstand des NMCL gewählt wurden, sind der ehemalige Vorsitzende der Aquino-Menschenrechtskommission, Jose B. L. Reyes, der katholische Bischof Antonio Nepomuceno, Prof. Luz Quesada und Ponciano Bannagen, beide ehemalige Mitglieder der Verfassungskommission, Nemesio Prudente, Präsident der Polytechnischen Universität, Loreta Ann Rosales, Geschäftsführerin von BAYAN, der protestantische Bischof Estanislaw Abainza und der Verleger Renato Constantino Jr.

Anläßlich des zweiten Jahrestages von "EDSA" distanzierte sich das NMCL von den offiziellen Feierlichkeiten, mahnte die Regierung auf einer Kundgebung an, "die demokratischen Träume nicht zu verraten", und forderte die Bevölkerung auf, die Regierung an der Realität und nicht an den Versprechungen zu messen.

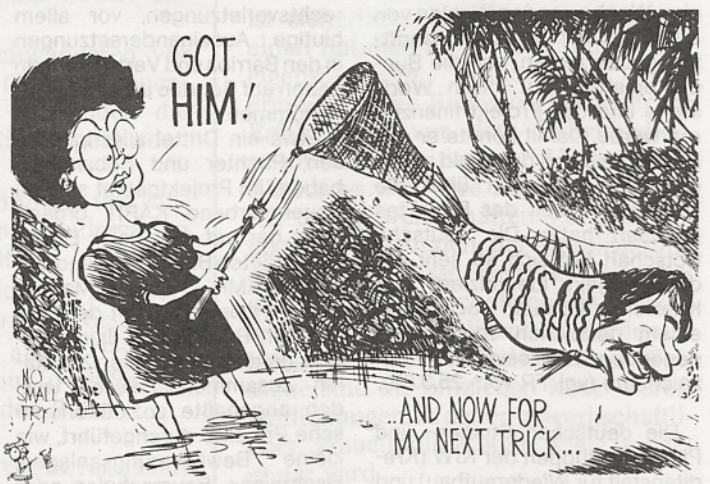
nach: Philippinen Forum Nr.2, Juni 1988

Todesstrafe wieder eingeführt

Der philippinische Kongreß hat einem Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Todesstrafe zugestimmt. Die Todesstrafe war erst 1986 im Zuge der neuen Verfassung abgeschafft worden.

Westdeutsche Zeitung 7.5.88

nach: Philippinen Forum Nr.2, Juni 1988



FEER, v. 14.4.'88, S. 13

NACHRICHTEN

PHILIPPINEN

Putschisten geflohen

Der Anführer des blutigen Putschversuches gegen Aquino vom 28. August 1987, Oberst Gregorio "Gringo" Honasan, (vgl. SOAI 3/87, S. 53) ist mit 14 seiner Gesinnungsfreunde von seinem in der Manila-Bucht schwimmenden Gefängnis, einer Fregatte der philippinischen Marine, geflohen. Während der militärische Geheimdienst nach der kurz zuvor erfolgten Verhaftung führender CPP/NPA-Kader eine Fülle von nicht überprüfbareren Meldungen über deren angebliche Unterstützung aus dem Ausland in die Welt setzte, wird über die Hintermänner Honasans bei dessen Putschversuch und Flucht nichts verlautbart.

vgl. AW v. 15.4.88, S. 10f

Aus dem Zahlen-Dschungel der Verschuldung

2,86 Mrd. US-Dollar kostet die Philippinen ihr diesjähriger Schuldendienst, mehr als zwei Drittel allein für Zinszahlungen. Wenn es dem Land im Dezember 1987 nicht gelungen wäre, den Rückzahlungsbeginn für 13,2 Mrd. \$ bei 483 privaten Gläubigerbanken auf Mitte 1994, und in diesem Juni die fälligen Raten für weitere 1 Mrd. \$ mit den 14 im "Pariser Club" zusammengeschlossenen Gläubigerländern auf April 1993 zu verschieben, betrüge der Schuldendienst gar mehr als 4 Mrd. \$. Wenn es nach einer am 11. Mai im Finanzkomitee des philippinischen Senats verhandelten Gesetzesvorlage ginge, soll der Schuldendienst auf 10 % der Exporterlöse, was für dieses Jahr geschätzte 572 Mio. \$ ausmachen wird, beschränkt werden. Ähnliche Forderungen vertreten Solita Mondod, Ministerin für Planung und Entwicklung, sowie die "Freedom from Debt Coalition" (vgl. SOAI 3/87, S. 50-52), die überdies Kredite, "die nicht dem Volk genützt haben", gar nicht zurückzahlen will. Der Koalition haben sich inzwischen 21 Mitglieder des Unterhauses angeschlossen. Nicht nur IWF und Weltbank, sondern auch der philippinische Finanzminister Vicente Jayme stehen dem ablehnend gegenüber.

Als "Alternative" wird derzeit die Idee eines "Mini-Marshall-Plans" diskutiert. Etwa 10 Mrd. \$ sollen nach Vorstellungen bekannter US-Philippinen-Spezialisten (Lugar & Co.) in den nächsten fünf Jahren in Form von "Hilfsgeldern" aus den USA, aber auch aus der BRD, Japan, der EG, möglicherweise auch aus Singapur und Südkorea in die Philippinen

gepumpt werden, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Auf den Philippinen selbst stößt der Plan auf abwartende Skepsis. Im Moment ist man vorrangig darum bemüht, dringend notwendige Kredite in Höhe von mehr als 1,6 Mrd. \$ von Weltbank, Asiatischer Entwicklungsbank und dem japanischen Entwicklungsfonds zu bekommen.

vgl. FEER v. 7.4.88, S. 121f, v. 19.5., S. 40f, v. 26.5., S. 74f, v. 16.6., S. 14; SZ v. 10.5.88, HB v. 18.5.88

Landreform beschlossen

Anfang Juni haben sich Senat und Kongreß auf ein Gesetz zur Landreform geeinigt. Demnach sollen innerhalb der nächsten 10 Jahre 5,4 Mio. Hektar an gut 3 Mio. landlose Bauern verteilt, d.h. gegen Bezahlung abgegeben werden. Dabei handelt es sich zum einen um 2,8 Mio. ha staatlichen Landes, bei dem Rest um Privatbesitz. Bei letzterem sollen in den nächsten vier Jahren nur Besitzungen von mehr als 50 ha aufgeteilt werden – gegen eine dem Marktpreis entsprechende Entschädigung. Bei den finanziellen Aspekten sehen Kritiker des Gesetzes eine Beibehaltung des krassen Gegensatzes zwischen Reichen und Armen auf den Philippinen. Außerdem ist es fraglich – nicht nur weil insbesondere die militanten Großgrundbesitzer von Negros bewaffneten Widerstand angekündigt haben –, ob tatsächlich viele Ländereien angetastet werden. Denn das Gesetz sieht zwar vor, langfristig die Landobergrenze bei fünf Hektar zu setzen, aber für jeden Erben, das wären im Durchschnitt 4 Kinder und 16 Enkel, weitere drei Hektar zu reservieren. Vermutlich wäre damit 90 % allen privaten Landbesitzes von vornherein jeder Landreform entzogen. Ausgenommen von dem Gesetz sind zudem u.a. Obstkulturen, also die großen Ananas- und Bananen-Plantagen, und Garnelenzuchten, was gerade auf Negros zu einer Alternative zum Zuckerrohr ausgebaut wird.

Ob es mit diesem Gesetz gelingt, wie beabsichtigt die Aufstandsbewegung zu schwächen, bleibt fraglich. Denn die Proteste praktisch sämtlicher legalen Bauernorganisationen bereits zu den Gesetzentwürfen waren deutlich. Zudem sind sich in dieser Frage ausnahmsweise einmal alle fortschrittliche Gruppen des Landes – Natdems (Nationaldemokraten), Socdems (Sozialdemokraten) und ungebundene – einig und haben sich im "Congress for People's Agrarian Reform" (CPAR; vgl. SOAI 4/87,

S. 49f) zusammengeschlossen. CPAR hatte im April einen erfolgreichen Sternmarsch auf Manila durchgeführt, dem selbst die katholische Kirchenhierarchie ihre Unterstützung aussprach.

vgl. Manila Chronicle v. 20.4., 22.4., 24.4.88; FR v. 16.5. u. 8.6.88; TAZ v. 9.6.88

Festnahme von Pädophilen

22 der Pädophilie Verdächtige wurden bei einer Razzia in Bordellen in Pagsanjan, Laguna festgenommen. Die meisten waren Amerikaner, Europäer und Australier im Alter von 55 bis 60 Jahren. In Gewahrsam genommen wurden ebenfalls 14- und 15-jährige Prostituierte. Die festgenommenen Ausländer wurden abgeschoben.

vgl. NM v. 16.3.88, S. 43

Frauenstudien

Auf Initiative der Benediktinerin und Aktivistin der Frauenbewegung Sister Mary John Mananza hin, kann im St. Scholastica College, einer katholischen Frauenuniversität in Manila, nun auch eine Graduierung in Frau-

enstudien erfolgen. Die Durchführung des Plans zur Gründung eines eigenständigen Instituts für Frauenstudien steht noch aus.

vgl. NM v. 23.3.88

Frauenkomitee im Labor Advisory Consultative Council (LACC)

Dieses Jahr hat sich mit dem Frauenkomitee im LACC, in dem außer der Arbeiterinnenorganisation KMK-KMU sieben andere Organisationen vertreten sind, erstmals ein nationales Organ von erwerbstätigen Frauen gegründet. Das Frauenkomitee hat sich zunächst auf 4 Forderungen geeinigt, die sie gegenüber der Regierung und "allen Kapitalisten, die Arbeiterinnen als Arbeitskräfte brauchen", vertreten will: viermonatiger, bezahlter Schwangerschaftsurlaub; Erziehungshilfe für 1 Jahr; Maßnahmen gegen die Industriestrapsen und -erschöpfung von v.a. erziehenden Frauen; Zubilligung kurzer Abwesenheit vom Arbeitsplatz für Mütter mit kleinen Kindern.

vgl. NM v. 8.6.88



Manila Bau photo: M. Kohn aus Prinzessin Metina